

boten wie gesellschaftlich relevante Aspekte des muslimischen Alltagslebens. Bei der relativ detaillierten Darstellung der Strukturen geht es um den Aufbau der Moscheegemeinden, der verschiedenen Dachverbände und Spitzenorganisationen. Wertvoll sind auch die Angaben über die Bildungseinrichtungen und Medien.

Durchwegs steht die Frage im Hintergrund, inwieweit die muslimische Realität in Deutschland auf dem Weg der Integration vorangekommen ist und wie weit die verschiedenen religiösen Orientierungen tatsächlich in Spannung zu den Vorgaben und Werten der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland stehen. In einem abschließenden Abschnitt werden die bisherigen

Initiativen auf dem Weg des Dialogs aufgezeigt, der nach Meinung der Autoren letztlich allein zum Gelingen der Integration führen kann. Denn bisher leben Muslime und Mehrheitsgesellschaft weitgehend parallel nebeneinander.

Der Akzent des empfehlenswerten Bändchens liegt auf klar gebündelter Information und nicht auf theologischen und politisch kritischen Hinterfragungen (dazu sei weiterhin Ursula Spuler-Stegemanns Veröffentlichung „Muslime in Deutschland“ empfohlen: vgl. diese Zs., 217, 1999, 427f.). Literaturangaben, relevante Internetadressen und Register erhöhen den praktischen Wert des Buches.

Christian W. Troll SJ

Bildung

OELKERS, Jürgen: *Wie man Schule entwickelt. Eine bildungspolitische Analyse nach PISA*. Weinheim: Beltz 2003. 227 S. (Beltz Taschenbuch 141). Br. 12,90.

Jürgen Oelkers, einer der profiliertesten Erziehungswissenschaftler mit Erfahrungen als früherer Vorsitzender der Hamburger Kommission Lehrerbildung wie auch als Begleiter von Schulreformversuchen im Kanton Zürich, nimmt in diesem Buch Stellung zur deutschen Bildungspolitik. Dabei bezieht er sich immer wieder auf die PISA-Studie, berücksichtigt aber auch die teilweise ernüchternden Erfahrungen mit früheren Reformen sowie Ergebnisse der neuesten internationalen Bildungsforschung und -diskussion.

Im einleitenden Kapitel über das Krisenverständnis und die Visionen der Bildungspolitik der letzten 30 Jahre – die im Jahr 1964 ausgetragene „Bildungskatastrophe“, die politisch dekretierte und ungenügend evaluierte Einführung der Orientierungsstufe in Niedersachsen (1974), der konservative Aufruf zum „Mut zur Erziehung“ (1978) und die computerskeptische Prognose „Bildung für das Jahr 2000“ der Max-Traeger-Stiftung (1985) – weist er auf die Untauglichkeit bildungspolitischer Ideologien und pauschaler Cassandra-Diagnosen hin und setzt sich für eine pragmatische Sicht ein, die vor al-

lem dem Wettbewerb gerecht werden soll, dem Bildung heute international sowie angesichts außerschulischer Angebote (Lernstudios, Kurse, Medien) ausgesetzt ist.

Oelker will nüchtern Problemzonen bestimmen, die sich mit Aussicht auf Erfolg bearbeiten lassen. In einem ersten Schritt zeigt er, wie das staatlich organisierte System Schule, das ja keinem Wettbewerb ausgesetzt ist, zur Unbeweglichkeit und Ineffizienz neigt, weshalb er vorschlägt, daß sich der Staat auf Rahmenvorgaben zu den Zielen der Bildung und auf deren Kontrolle beschränken und den einzelnen Schulen weitgehende Autonomie bei der Umsetzung seiner Vorgaben einräumen soll. Die Schulaufsicht müßte dann beispielsweise umgewandelt werden „in einen Entwicklungsdienst, der in den Schulen Evaluationsdaten erhebt und mit den Schulen Zielvereinbarungen trifft, die regelmäßig überprüft werden“ (54). Es müßten Kompetenzzentren für Bildungsforschung und Leistungsmessung, neue Formen der Aufsicht, Leistungsanreize usw. entwickelt werden. Oelker plädiert für einen Abbau der international einmaligen deutschen Schulbürokratie zugunsten einer Schul- und Personalentwicklung durch kontrollierte autonome Schulleitungen. Dazu verweist er auf Erfolge entsprechender Projekte in der Schweiz.

Es folgen Überlegungen zur Qualität des Unterrichts, die den Wert schülerzentrierter, offener Lehr- und Lernformen relativieren und die Notwendigkeit verbindlicher Standards und klarer Stoffstrukturierung betonen. Wichtige Schlussfolgerungen aus der internationalen PISA-Studie („gezielte Förderung der Schwächsten“), aber auch ihre Grenzen und offenen Fragen sind Gegenstand des nächsten Kapitels. Methoden der Evaluation nach klaren Unterrichtstandards als Voraussetzung von Reformen diskutiert der Autor mit zahlreichen Hinweisen auf angelsächsische Debatten, ohne deren Lösungen einfach auf deutsche Verhältnisse übertragen zu wollen. Gegen verschwommene Konzepte („Kindorientierung“) und Mythen der Reformpädagogik wendet er sich in Folgerungen, die er aus seinem Ansatz für die Grundschule, das Gymnasium und die Lehrerbildung zieht. In seinen Hinweisen für die Bildungspolitik plädiert er noch einmal für „Standards, die auf verschiedenen Lernwegen erreicht werden können, aber auch erreicht werden müssen. Es ist nur scheinbar ein Paradox, die professionelle Autonomie *und* die professionelle Kontrolle zu erhöhen; beide gehören zusammen, wenn sich etwas ändern soll“ (207).

Oelkers, für den das deutsche Bildungssystem in den Strukturen des 19. Jahrhunderts erstarrt ist, weiß, daß seine Vorschläge einen grundlegenden Mentalitätswandel erfordern. Sein Argument: „Die besten Systeme der PISA-Studie haben mit derartigen Entwicklungen vor 15 Jahren begonnen“ (216). Sein Buch besticht durch die Einbeziehung der internationalen pädagogischen Diskussion. Es erfordert vom Leser einige Konzentration, belohnt ihn aber durch seinen Mut zu grundlegenden Fragen. *Bernhard Grom SJ*

FEIL, Christine: *Kinder, Geld und Konsum*. Die Kommerzialisierung der Kindheit. Weinheim: Juventa 2003. 286 S. Br. 23,-.

„Im Unterschied zum früheren Sparen um des Sparens willen ist das gekonnte Geldausgeben zur Erziehungsmaxime geworden“ (11), und das Taschengeld gilt als ein wesentliches Merkmal eigenverantwortlichen Handelns der Kinder. In ihrem Buch, das aus einer Disserta-

tion hervorging, prüft Christine Feil, inwiefern die These von einer Kommerzialisierung der Kindheit zutrifft.

Zunächst analysiert sie die vorhandenen Daten zur Taschengeldsituation der Kinder: Von den Zehn- bis Zwölfjährigen beziehen etwa drei Viertel regelmäßig Taschengeld; sie sparen es für Anschaffungen, mit denen wohl auch die Eltern einverstanden sind, oder sie kaufen sich Süßigkeiten und ähnliches, ohne daß sie in größerem Umfang als früher auf dem Markt in Erscheinung treten. Treffen also Schlagzeilen-Diagnosen wie „Kinder an der Macht. Sie bewegen Milliarden, terrorisieren die Eltern, erobern die Märkte“ oder „Kinder auf dem Luxus-Trip“ zu? Feil zeigt, daß die direkte Kaufkraft der Kinder zwar keine selbständige relevante ökonomische Größe bildet. Trotzdem ist der Kindermarkt für zahlreiche Wirtschaftszweige interessant, und die Marktforschung liefert die Standardargumente für das Geschäft mit den Kindern, indem sie das Bild vom markenorientierten und konsumkritischen Kind entwirft, das zunehmend autonom und immer früher reif werde und nicht mehr vor den Folgen unbedachten Handelns geschützt werden müsse. Damit plädiert die Wirtschaft auch für eine Ausdehnung der Rechte des Kindes.

Eine Untersuchung der rechtlichen Lage ergibt, daß die historisch gegebenen Rechtsnormen dem sieben- bis 18jährigen Heranwachsenden nur beschränkte Geschäftsfähigkeit zuerkennen, um eine Verschuldungsfähigkeit zu verhindern. Der „Taschengeldparagraph“ erlaubt Minderjährigen nur Geschäfte in bar und ohne Kaufvertrag. Diese Grenzen werden aber, so die Autorin, wenig beachtet und immer wieder im Namen der zu stärkenden Selbstbestimmungsrechte der Kinder und Jugendlichen in Frage gestellt. Oft obliegt es den Verbraucherschutzverbänden und Medienschutzrechtlern, gegen die Wirtschaftsinteressen den Kinder- und Jugendschutzgedanken in Erinnerung zu rufen. Beim Gesetzgeber nimmt die Bereitschaft, einen Taschengeldanspruch anzuerkennen, zu – deutlich im Fall der Taschengeldgewährung für Heranwachsende in Heimen der Erziehungshilfe. Dabei beruft man sich auf das notwendige Selbständigwerden und das Entfal-